

Die Unmittelbarkeit der Daten Auch digitale Demokratie kann auf politische Repräsentation nicht verzichten

Sebastian Berg

Summary: Digitalization is often associated with the promise of democratization through more direct forms of politics. This promise is in particular shaped by the way the data-based infrastructures of digital platforms are conceptualized. They are supposed to enable unmediated participation or suggest measuring the will of the people by means of data analytics, which seems to render forms of political representation superfluous. This idea of disintermediation, however, fails to recognize the fact that digital infrastructures also provide mediation that shapes politics according to its own logics. We have to take into account the way in which this techno-political intermediation works to understand the implications for democratic politics.

Kurz gefasst: Die Digitalisierung wird häufig mit einem Versprechen auf eine demokratisierende Unmittelbarkeit der Politik verbunden. Die datenbasierten Infrastrukturen digitaler Plattformen spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sollen unvermittelte Partizipation oder eine granulare Erfassung des Volkswillens mittels Datenanalytik ermöglichen, sodass exkludierende Formen politischer Repräsentation überflüssig zu werden scheinen. Diese Vorstellung von Disintermediation übersieht aber, dass auch digitale Infrastrukturen eine institutionelle Vermittlung übernehmen. Diese technopolitische Vermittlung und ihre Funktionslogik gilt es gezielt in den Blick zu nehmen, will man die Implikationen für demokratische Willensbildung verstehen.

Politisch wie gesellschaftlich ist die Digitalisierung eng mit einem Ideal der Demokratisierung verbunden: Die flache Organisationsform des Digitalen und die gesellschaftliche Lesbarkeit via Datenanalyse sollen politische Intermediäre wie Parteien, und damit auch eine Delegation politischer Macht, überflüssig machen. In dieser These der Disintermediation schwingt die Hoffnung mit, dass Bürger*innen ihren Willen endlich unvermittelt zum Ausdruck bringen können. Allerdings registrieren wir weniger ein Verschwinden als vielmehr eine Anpassung repräsentativer Strukturen. Parteien und zivilgesellschaftliche Akteur*innen adaptieren digitale Infrastruktur(en) auf vielfältige Weise, sowohl in der internen Organisation als auch in der Beziehung zu den Bürger*innen. Ein solches Update im Maschinenraum politischer Repräsentation lässt sich besonders medienwirksam bei den Wahlkämpfen in den USA und ihrer ausgefeilten Form der Datenanalyse beobachten.

Es lohnt sich jedoch, das Konzept der Disintermediation im Kontext von Demokratie und Digitalisierung genauer in den Blick zu nehmen. Die Vorstellung, dass moderne Demokratien dank datenbasierter Technologie ohne Vermittlung zu operieren vermögen, unterschlägt nämlich, dass die Nutzung digitaler Infrastrukturen sehr wohl eine Vermittlungsleistung ist und damit eine Verteilung von Handlungsmacht zur Folge hat. Wie diese ausgestaltet wird, ist aber eine zentrale Frage für die Leistungsfähigkeit demokratischer Verfahren und sollte nicht aus dem Blick geraten. Wie Nadia Urbinati schreibt, ist die moderne, repräsentative Demokratie dezidiert als eine über Vermittlung organisierte politische Handlungsgemeinschaft konzipiert. Intermediäre sollen die Pluralität moderner Gesellschaften im politischen Prozess abbilden und institutionell bearbeitbar machen. Versucht man sie durch (digitale) direktdemokratische Konzepte zu „optimieren“, kann dies dysfunktionale Effekte und interpretative Umdeutungen zur Folge haben.

Solche interpretativen Optimierungsstrategien sind erst einmal nichts spezifisch Digitales, wie ein kurzer Blick auf die Gründungsmythen der Demoskopie, also der systematischen Meinungsforschung, verdeutlicht. Auch sie versprach eine Demokratisierung durch einen direkten Zugriff auf den Willen des Volks. Die Demoskopie ist speziell darauf ausgerichtet, das Volk mit seinen vielfältigen Meinungen in der politischen Willensbildung als politisches Subjekt darstellbar über Daten statistisch lesbar und für kommunikative Mobilisierung wie Werbung verfügbar zu machen. Sie hat als politische Technik insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den USA Wirkmacht erlangt. Meinungsforscher*innen wie George Gallup haben als Entrepreneur*innen ihre Dienstleistungen mit demokratisierendem Anspruch in den Kontext politischer Willensbildung eingeführt und argumentiert, der Volkswille lasse sich auf ihre Weise direkt und objektiv repräsentieren. Anstatt auf politische Intermediäre wie Parteien zu setzen, ging es darum, den Durchschnittsbürger*innen durch statistische Repräsentation eine Stimme zu geben. Damit sollte die unmittelbare Repräsentation politischer Meinung gegenüber der verzerrten Repräsentation durch politische Eliten etabliert werden. Das Volk könne statistisch in nationalen Town Hall Meetings versammelt und so die Politik der Regierenden mit den Präferenzen der Regierten in Übereinstimmung gebracht werden. Dieser wissenschaftliche Ansatz versprach Modernität, Unmittelbarkeit, Objektivität.

Schon damals wurde die Vorstellung scharf kritisiert, es handele sich dabei um einen direkten Ausdruck des Volkswillens. Der US-Politikwissenschaftler Lindsay Rogers argumentierte bereits in den 1940ern, die Demoskopie sei als statistisches Repräsentationsverfahren kaum unvermittelt zu nennen. Auch sei sie mit ihrem Produkt, also aggregierten Daten, nicht in der Lage, den Gegenstand der öffentlichen Meinung als übergreifenden und reflexiven Diskurszusammenhang überhaupt zu erfassen. Eine solche Idee des Regierens sei vielmehr plebiszitär, sie gleiche eher der Orchestrierung der Massen durch totalitäre Regime als der republikanischen Vorstellung pluralistischer Politik.

In der digitalen Konstellation gewinnt unter Stichworten wie Big Data bei Regierungen, Parteien oder Politiker*innen ebenso wie Unternehmen nun erneut die Vorstellung an Wirkmacht, auf Basis großer Datenmengen und mittels Techniken wie Data Mining oder Sentiment Analysis ließen sich die Meinungen des Volks erfassen und verfügbar machen. Oft steckt in diesen Aussagen jedoch mehr Marketing der Datenanalyseunternehmen als Realität – darin sind sie den frühen Verheißungen der Demoskopie ähnlich. Ein Unterschied allerdings fällt ins Auge: Während sich die Demoskopie als Alternative zu politischer Repräsentation verstand, so ist durch die Einbindung digitaler Infrastrukturen die Funktionslogik politischer Repräsentation im engeren Sinne betroffen: Wie nachfolgend gezeigt wird, gehören Datenanalyse und -verarbeitung zur institutionellen Funktionslogik politischer Willensbildung im Kontext digitaler Plattformen. Es geht somit nicht nur um die Frage, was repräsentiert wird, sondern vielmehr darum, wie repräsentiert wird.

Plattformen sind digitale Infrastrukturen, die eine Interaktion zwischen unabhängigen Akteuren ermöglichen sollen. Insbesondere soziale Medien wie Facebook oder Twitter verstehen sich als Plattformen, die ohne redaktionelle Eingriffe direkte Kommunikation, etwa zwischen Bürger*innen und Repräsentant*innen, ermöglichen. Philip Manow argumentiert daher, mit dem Aufkommen digitaler Infrastrukturen entfallende die bisherige Filterfunktion politischer Vermittlungsinstanzen wie Parteien, und es komme zu einer Disintermediation, einem „Kontrollverlust ... frei flottierender politischer Energie“. Tatsächlich aber geht es eher um einen Intermediationswandel: Die vermittelnden Instanzen, die Intermediäre, verschwinden nicht, aber die Prozesse der Vermittlung ändern sich grundlegend. In der Beziehung zu den Bürger*innen beziehungsweise Wähler*innen versprechen digitale Infrastrukturen den Parteien eine gezielte Analyse des öffentlichen Diskurses im Kontext von sozialen Medien und anderen Plattformen. Dieser kann zur Basis einer flexiblen, günstigen und automatisierbaren Ansprache der Bürger*innen im politischen Wettbewerb werden, von E-Mails bis hin zu gezielten Werbebotschaften. Zugleich beginnen sich Parteien entlang der Maßstäbe der Plattformen zu modellieren: Sie bieten ihren Mitgliedern und Unterstützer*innen niedrige Einstiegsbarrieren (etwa Schnuppermitgliedschaften) und hohe Partizipationsmöglichkeiten. Dazu kann eine basisdemokratische Wahl der Kandidat*innen gehören, aber auch die Nutzung von *political engagement platforms*, wie das Portal Rousseau der italienischen Partei M5S, der 5-Sterne-Bewegung. Solche vielfältigen Plattformen sollen die innere Organisation und die Beziehungen zu den Bürger*innen verwalten wie auch politisches Engagement kanalisieren. Das kommerzielle Angebot NationBuilder, das von Parteien im US-Wahlkampf wie auch von Emmanuel Macrons Partei La République en Marche in Frankreich verwendet wurde, verspricht parteiübergreifend ein integriertes digitales System der Organisation von Wähler*innen, Freiwilligen oder Mitarbeiter*innen. Dieses Versprechen übersetzt sich in die Hoffnung auf Modernisierung des komplizierten und oft schwerfällig wirkenden Gefüges aus Ortsverband, Proporz und Differenzartikulation durch digitale Direktrepräsentation der Bürger*innen, sei es als Wähler*innen oder Unterstützer*innen politischer Parteien. Insbesondere im politischen System der USA ist eine solche Adaption bei Parteien, aber auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in ihren Beziehungen zu den Bürger*innen zu beobachten. Denn hier ist die Politik in hohem Maße durch eine Hinwendung zu technologischen Neuerungen, geringe datenschutzrechtliche Regulierung und eine kapitalintensive Ausstattung durch private Spender*innen geprägt. Mit der Verlagerung von arbeits- und personalintensiven Prozessen in kapital- und technikintensive Strukturen



Sebastian Berg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und in der Forschungsgruppe „Demokratie und Digitalisierung“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Er promoviert am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität zu Genealogie und Gegenwart politischer Datafizierung im Kontext demokratischer Repräsentation. *(Foto: privat)*

sebastian.berg@wzb.eu

verstärkt sich dann der Trend weg vom Konzept bürger*innenschaftlicher Selbstregierung hin zum automatisierbaren Management der Bürger*innen.

Festzuhalten ist: Digitale Formate bieten weder eine Form der direkten Repräsentation, noch sind sie neutrale Kanäle. Wie Fenwick McKelvey und Jill Piebiak argumentieren, vermag ihre Nutzung den Modus politischer Willensbildung entlang ihrer eigenen Funktionslogik zu prägen, indem sie Handlungsweisen nahelegen oder beschränken. Dabei ist diese Anpassung nicht einseitig technikgetrieben, sondern eingebettet in gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie die mediale Personalisierung der Parteien und die Ausdünnung ihrer Mitgliederstruktur.

Für politische Repräsentation bringt dies konzeptuelle Veränderungen mit sich. So mag in der Logik der Plattformpartei die kommunikative Einhegung der Bürger*innen entfallen, indem jeder Position und Person die potenzielle Sprechfähigkeit mit hoher Reichweite aufgrund digitaler Kommunikation zugänglich gemacht wird. Man reduziert jedoch in gleichem Maße eine Domestizierung extremer Positionen und Kandidat*innen durch die Checks and Balances personalintensiver Parteistrukturen. Die digitale Infrastruktur, die vom Inneren der Parteien bis in die Weiten politischer Öffentlichkeit reicht, prägt dagegen die institutionelle Funktionslogik der repräsentativen Demokratie. Ihre Prozesse der Datenanalytik und -verarbeitung versprechen eine fortlaufende und automatisierbare Verfügbarmachung und Moderation der politischen Auseinandersetzung. Nach dem Soziologen Paolo Gerbaudo läuft dies auf einen *plebiscitarianism 2.0* hinaus: Der Volkswille wird in einer automatisierten Rückkopplungsschleife aus Datenverarbeitung und Kommunikation produziert. Er manifestiert sich schließlich plebisitär-akklamatorisch in einer exklusiven Beziehung aus „Hyperleader“ und „Superbase“, also einer charismatischen Führungsfigur mit hoher Machtkonzentration und einer breiten, reaktiv ausgerichteten Unterstützungsbasis. Parteien und politische Auseinandersetzungen dienen dabei vor allem der kommunikativ mobilisierten Legitimitätsproduktion, weniger der bürger*innenschaftlichen Gestaltung politischer Positionen.

Wenn man es mit der Demokratisierung ernst meint, ist also die Vorstellung der Disintermediation und die Hoffnung auf eine technologische Direktrepräsentation des Volkswillens die falsche Fährte. Sie ignoriert die Notwendigkeit politischer Vermittlung und die Bedeutung politischer Differenzen auf der horizontalen Ebene gesellschaftlicher Vielfalt, die im Rahmen politischer Repräsentation überhaupt erst einmal konfiguriert und dadurch bearbeitbar gemacht werden. Zugleich unterminiert die Idee eines unmittelbar zugänglichen Volkswillens die vertikale Differenz zwischen Regierenden und Regierten, aus der die Möglichkeit erwächst, sich herrschaftskritisch auf die mit politischer Macht beauftragten Regierenden zu beziehen. Anstatt von demokratischer Unmittelbarkeit zu träumen, gilt es, den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und datenbasierten digitalen Infrastrukturen zu entflechten und auf seine politischen Funktionsweisen hin zu befragen. Marco Deseriis hat in seiner Diskussion der Networked Party gezeigt, dass die Einbindung digitaler Infrastrukturen insbesondere dann demokratisierend wirkt, wenn die politische Handlungsmacht breit gestreut wird und so ihre Mitglieder zu einer differenzorientierten Form politischer Positionsbildung befähigt werden. Dies setzt voraus, Vermittlungsleistung ernst und ihre Infrastrukturen gezielt in den Blick zu nehmen. Für den politischen Philosophen Ernst Vollrath meint demokratische Selbstregierung nicht, sich selbst zu regieren, sondern zu bestimmen, wie und durch wen man regiert wird. Entsprechend wären intermediäre Prozesse politischer Repräsentation nicht als verzerrendes Effizienzhindernis, sondern als konstitutives Merkmal pluraler Demokratie anzuerkennen und auf ihre institutionelle, und gerade auch infrastrukturelle Funktionslogik hin zu befragen.

Literatur

Deseriis, Marco: „Two Variants of the Digital Party. The Platform Party and the Networked Party“. In: *Partecipazione e Conflitto*, 2020, Jg. 13, H. 1, S. 896–917.

Gerbaudo, Paolo: *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*. London: Pluto Press 2019.

Manow, Philip: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp Verlag 2020.

McKelvey, Fenwick/Piebiak, Jill: „Porting the Political Campaign: The NationBuilder Platform and the Global Flows of Political Technology“. In: *New Media & Society*, 2016, Jg. 20, H. 3, S. 901–918.

Urbinati, Nadia: *Me the People: How Populism Transforms Democracy*. Cambridge, MA: Harvard University Press 2019.